

Wessen Alternative ist die „Alternative für Deutschland“ (AfD)?

Sie wird geradezu hochgejubelt. Tägliche „Schreckensmeldungen“ über wachsende Flüchtlingszahlen, „kriminelle“ Ausländer, angeblich sexuell aggressive Nordafrikaner usw. lenken erfolgreich davon ab, dass die Reichen reicher und die Armen immer mehr werden in diesem Land. Auch in Stuttgart wächst die Armut: Gemessen am Durchschnittseinkommen in der jeweiligen Großstadt ist die Armutsgefährdungsquote mit 20,4 % in keiner anderen Großstadt größer als in Stuttgart. Über 10 000 Kinder unter 15 Jahren in unserer Stadt beziehen Hartz IV. Dem gegenüber stehen die 10% reichsten Haushalte in der BRD, die mind. 63% des Gesamtvermögens besitzen.

Damit sich die Armen mit und ohne Arbeit nicht zusammenschließen, wird ihnen systematisch Tag für Tag ein „Feindbild“ aufgezwungen: aktuell die Flüchtlinge.

Bürgerwehren in Stuttgart?

„Stuttgart passt auf“ nennen sie sich. Sie wollen keine Bürgerwehren sein. Ob sie es wollen oder nicht, sie tragen mit zu einem Klima der Angst und der Fremdenfeindlichkeit in Stuttgart bei. Was wir brauchen, sind viel mehr Stuttgarterinnen und Stuttgarter die „aufpassen“ und aktiv werden gegen den Krieg, der von Stuttgart ausgeht. Es ist der Krieg, der immer größere Teile der Welt unbewohnbar macht und Menschen zwingt, ihre Heimat zu verlassen.

Gegen Auslandseinsätze, nicht gegen Ausländer!

Immer mehr Krieg geht von Baden-Württemberg aus. Das AFRICOM (U.S. Africa Command), das EUCOM (U.S. European Command), die MAD-Landeszentrale (Militärischer Abschirmdienst der Bundeswehr), das „Karrierecenter“ der Bundeswehr und viele Betriebe, die an der Rüstung verdienen, z. B. Daimler,

IBM Deutschland, Mahle Behr Industry, T-Systems International machen Stuttgart zu einer Kriegshauptstadt. Dazu kommt das immer aggressivere Werben fürs Sterben der Bundeswehr. Am 9. März tritt die Bundeswehr am Berufsinformationszentrum (BIZ) der Arbeitsagentur Stuttgart auf. Sie brauchen bis zu 10 000 zusätzliche Soldaten für ihre Kriege. Es ist wieder soweit: Kriege und Leichen – die letzte Hoffnung der Reichen.



Wessen Sorgen sollen da ernst genommen werden?

Es ist ein sorgfältig inszeniertes Pingpong-Spiel, wo sich die bürgerlichen Parteien die Bälle zuspieren und die Stimmung gegen "Sündenböcke" hochschaukeln, um zu verschleiern, dass die Gewalt vom Kapitalismus ausgeht. Auf einmal sollen angeblich die Sorgen der Bürger ernst genommen werden. Sie haben 400 Milliarden den Banken zugeschoben. Da kennen sie keine Obergrenzen. 36 Milliarden haben sie in diesem Jahr schon für Rüstung verpulvert, auch da sind keine Obergrenzen in Sicht. Ein gigantisches neues Aufrüstungsprogramm wird aktuell vorbereitet: 130 Mrd. für 1500 Rüstungsprojekte. Es geht also um die Sorgen der Herrschenden, die unsere Zwietracht gerne sehen.

Unsere Alternative kann nur heißen: Kriege aus Baden-Württemberg stoppen! Unsere Willkommenskultur: Zusammen kämpfen gegen Rassismus und NATO-Kriege, für Mindestlohn und bezahlbaren Wohnraum!

Kriege aus Baden-Württemberg stoppen!

Wohnungen für die Menschen statt Kasernen für den Krieg!

In Stuttgart gibt es vier Kasernen. Drei davon gehören zur US-Army (Patch Barracks mit EUCOM in Vaihingen, Kelley Barracks mit AFRICOM in Möhringen, Robinson Barracks auf dem Burgholzhof), eine gehört zur Bundeswehr: In der Theodor-Heuss-Kaserne in Bad Cannstatt sitzen u.a. das Landeskommando und Teile des Militärischen Abschirmdienstes (MAD-Gruppe V, MAD-Stelle 51).

Geheimster Geheimdienst in Bad Cannstatt

Der MAD ist der kleinste und geheimste Geheimdienst der BRD. Er ist quasi der Geheimdienst der Bundeswehr mit heute ca. 1100 Beschäftigten.

Hervorgegangen aus braunem Wurzelwerk der deutschen Wehrmacht unterhält der MAD auch heute eine eigene V-Mannschaft (verdeckte Ermittler) in der rechtsextremen Szene. Erfahrungsgemäß nutzt dies der rechten Szene eher und erschwert juristische Maßnahmen. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den NSU kam heraus, dass der MAD Akten über Uwe Mundlos vernichtete.

Im November 2015 wurde zudem darüber berichtet, dass Stützpunkte in Deutschland an Drohnenangriffen der USA beteiligt sind und dass u.a. der MAD z.B. durch die Lieferung von SIM-Karten-Nummern Ziele für solche Drohnenangriffe geliefert hat.

Fortsetzung Seite 2

Frauentag: Nieder mit dem Krieg!

Seite 2

Armes reiches Stuttgart Seite 3

Schulfrei für die Bundeswehr

Seite 4

Fiechtner (AfD) gegen Klinikum-Beschäftigte

Bis zu 600 MitarbeiterInnen der Bereiche Reinigung, Küche, Transport, Zentralsterilisation, etc. will die Geschäftsführung des Klinikums Stuttgart in Servicegesellschaften ausgliedern. Damit soll auf dem Rücken der Beschäftigten gespart werden. Ausgliederung, also Privatisierung, bedeutet: Verlust der tarifgebundenen Arbeitsverträge und Wegfall der Betriebsrente – sprich: Lohnsenkung! Im AfD-Wahlprogramm heißt es: „Die AfD strebt eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in Verbindung mit Entlastungen bei Steuern und Abgaben für Arbeitnehmer und Unternehmen an. Dies eröffnet neue Chancen, Personalüberlastung klarer und fairer zu regeln und Werkverträge auf ihren ursprünglichen Sinn zu begrenzen. Der missbräuchliche Einsatz von Leiharbeitsverhältnissen und Werkverträgen wird dadurch unattraktiv und eingedämmt.“

In der Praxis sieht das dann so aus: Bei einer Mahnwache der gegen die Ausgliederungen kämpfenden Beschäftigten des Klinikums wurden sie von Fiechtner, Stadtrat der AfD, beschimpft. Weil sie mehr verdienen als vergleichbar Beschäftigte in anderen Krankenhäusern, seien sie an Wettbewerbsverzerrungen schuld. Er forderte Privatisierungen, den Verzicht auf die Betriebsrente und die Einstellung jeglicher Zuschüsse der Stadt für das Klinikum. Jede Stimme für die AfD ist also eine Stimme für Privatisierungen, Lohnkürzungen und die Streichung von Zuschüssen für die Daseinsvorsorge ... und somit für das Kapital.

Wohnbebauung statt Militärbebauung!

Fortsetzung von Seite 1

2011 wurde über Streichungspläne und Stellenabbau beim MAD diskutiert. Die angekündigte Reduzierung nahm die Stuttgarter CDU-Bundestagsabgeordnete Karin Maag in einem lichten Moment zum Anlass, eine Räumung der Theodor-Heuss-Kaserne und eine anschließende Wohnbebauung ins Gespräch zu bringen. Beliebte Stuttgarter und Fellbacher Wohnlagen sind nur einen Steinwurf von dem 46000 Quadratmeter umfassenden Kasernengelände entfernt. Sie wurde sofort von Parteifreunden scharf zurückgepfiffen. **Den MAD abschaffen!**
Das Kasernengelände dem kommunalen sozialen Wohnungsbau zuführen!



DKP Stuttgart Gruppe Nord lädt ein:

Wie kann der Widerstand gegen Krieg und Rassismus verstärkt werden?

Veranstaltung mit **Reiner Hofmann**,
Direktkandidat der Linken im Stuttgarter Norden

Dienstag, 1.3.2016, 19.00 Uhr

Bürgerhaus Feuerbach, Stuttgarter Str. 15

DKP und SDAJ Baden-Württemberg und Waldheim Gaisburg laden ein:

VERANSTALTUNG
ZUM

INTERNATIONALEN FRAUENTAG

Samstag

12.3.2016

ab 14:00 Uhr

Stuttgart-Ost
Waldheim Gaisburg
Obere Neue Halde 1

ENTRITT FREI!
SPENDEN ERWÜNSCHT!

STOPPT
DEN KRIEG
GEGEN SYRIE!

NIEDER
MIT
DEM
KRIEG!



(Nicht nur ...) Wir Frauen fordern:

NIEDER MIT DEM KRIEG!

Krieg, Krieg, immer mehr Krieg, immer neue Auslandseinsätze der Bundeswehr, immer neue NATO-Einsätze mit Beteiligung der Bundeswehr. Deutsche Soldaten nach Syrien zur Luftbetankung von Kampffjets und mit Tornados – aus „Solidarität mit Frankreich“ ... Ausweitung des Militäreinsatzes der Bundeswehr in Mali/Westafrika ... Deutsche Soldaten mit Awacs-Aufklärungsflugzeugen zur Unterstützung des NATO-Partners in den Terrorstaat Türkei ... Bundeswehr als Speerspitze der schnellen Eingreiftruppe nach Osten ... Planung und Koordinierung von Kampfdrohnen-Einsätzen durch das AFRICOM in Stuttgart ... Forderung des Bundeswehrverbands nach mindestens 7000 zusätzlichen Soldaten für die Bundeswehr ... Immer mehr Bundeswehr an Schulen und in Jobcentern ... Rekrutierung von jährlich rund 1000 Minderjährigen (17-jährige) für die todsichere Karriere bei der Bundeswehr ...

Angeführt von einer Bundeskanzlerin und einer Kriegsministerin wird unsere Gesellschaft systematisch militarisiert, wird die Bundeswehr in immer mehr Kriege geschickt, die unser Land an den Abgrund eines großen Krieges mit der Atommacht Russland führen können. Der Auftrag unseres Grundgesetzes interessiert sie nicht.

Die Welt wird neu aufgeteilt und der deutsche Imperialismus will seinen Handlungsspielraum militärisch-politisch deutlich vergrößern.

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen!“ (Jean Jaures)

Natürlich werden dadurch noch mehr Menschen aus ihrer Heimat verjagt. **Deutsche Waffen, deutsches Geld vertreiben Menschen in aller Welt!**

Frauen sind in Kriegen immer besonders betroffen. Sie sind oft Opfer von Gewalt schon als Mädchen. Allerdings steigt die Zahl der Frauen in Streitkräften weltweit an.

Clara Zetkin schrieb vor 100 Jahren: „Millionenstimmig, unwiderstehlich muss unser Schrei ertönen: Genug des Würgens, genug der Verheerung! Friede, dauernder Friede!“

„Wohl sind wir Frauen fast in allen Ländern nur geringen politischen Rechts, doch nicht ohne soziale Macht. Nützen wir jedes Fünkchen dieser Macht von der Geltung unseres Wortes und unseres Wirkens im vertrauten Kreise unserer Angehörigen und Freunde bis zu unserem Einfluss in der Öffentlichkeit.“

Dauerhafter Frieden ist im Kapitalismus nicht möglich. Deshalb kämpfen wir für den Sozialismus. Der erste Anlauf zum Sozialismus im Weltmaßstab ist gescheitert. Trotzdem hat er uns eine Ahnung davon gegeben, dass eine Welt ohne Krieg möglich ist.

Wir sagen: Auf die Straße! Auslandseinsätze der Bundeswehr stoppen! Kriege aus Baden-Württemberg stoppen! Rüstungsproduktion umstellen! Wer nicht umstellt, wird enteignet!

Kommunen werden kaputtgespart: Armes reiches Stuttgart

Immer wieder ist von allen möglichen kommunalen Amtsträgern zu hören, dass die Unterbringung der Flüchtlinge bei der kommunalen Finanznot nicht zu bewältigen sei.

Dabei wurden Städte und Gemeinden durch die Unterfinanzierung der öffentlichen Hand erst in die Armut getrieben. Auch die staatlich verordnete Schuldenbremse sollte keinen Ausweg offen lassen: Was bleiben sollte, waren Aufgabenabbau, Abgabenerhöhung und Privatisierung.

Stuttgart macht mit

Obwohl Stuttgart als eine der reichsten Großstädte Deutschland gilt, machen Verwaltung und Gemeinderat das üble Spiel mit:

Aufgabenabbau: Man lässt die Einrichtungen für die Bürgerschaft, ob Schulen, Kitas, Grünanlagen oder Straßen verkommen mit der Begründung, das Geld reiche nicht für alle Unterhaltungsmaßnahmen. Viele Ämter und Betriebe, wie zum Beispiel das Jugendamt, arbeiten am Rande ihrer Kräfte. Notwendige Stellen werden einfach nicht geschaffen.

Kein Wunder, dass es dann bei fünf Bürgerbüros zu „personellen Engpässen“ wegen der Registrierung von Flüchtlingen kommt. Nicht nur das Ausländeramt, auch die Bürgerbüros kämpfen schon jetzt mit einem eklatanten Personalmangel.

Abgabenerhöhung: Im Jahr 2016 erhöhen sich der Stundensatz für Kinderbetreuung und die Verpflegungskosten. Bibliotheksausweise und Musikschulentgelte steigen, Konzertkarten werden teurer. Ebenso steigen die Preise für den VVS. Betroffen sind vor allem geringverdienere.

Privatisierung: Wenn in Stuttgart berechnete Forderungen nach besserer Ausstattung und mehr Personal gestellt

werden, wird sofort mit der Keule der Privatisierung gedroht. Im Klinikum Stuttgart sind die Arbeitsbedingungen besonders im Pflegebereich unzumutbar; wegen der Unterfinanzierung der Kliniken geschieht nichts. So werden landauf, landab Kliniken in kommunaler Trägerschaft den Klinikkonzernen übergeben. Dort steigen dann Druck, Unterversorgung und Arbeitshetze weiter.

Mit der "Quasi-Privatisierung" der SWSG hat sich die Stadtverwaltung auf die Seite der Immobilienwirtschaft geschlagen und ein mögliches Gegengewicht gegen die Wohnungshaie aus der Hand gegeben. Auch für die SWSG zählt jetzt nur noch Rendite.

Was dagegen tun?

Die Armut der öffentlichen Hand ist Ergebnis der Steuergeschenke von Waigel über Rot-Grün bis zu Schäuble. Immer war die SPD maßgeblich beteiligt. Von 1997 bis 2015 wurde insgesamt auf hunderte Milliarden Euro Steuereinnahmen zugunsten des Kapitals verzichtet. Was hätte man damit alles anfangen können!

Ein erster Anfang wäre: Vermögenssteuer erhöhen, Privilegien der Erbschaftssteuer abschaffen, Steuerhinterziehung verfolgen.

Mehr Geld für öffentliche Aufgaben. Mehr Geld für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst!

Dafür Linkspartei wählen reicht nicht.

Nur wenn wir gemeinsam auf der Straße und im Betrieb für unsere Interessen kämpfen, können wir die Verhältnisse zum Tanzen bringen!

In Zelten übernachten, zusammen spielen, neue Freundschaften knüpfen, kreative AG's, Spiel & Sport... Wir wollen mit vielen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen den Sommer genießen und versuchen, Gemeinsamkeit und Toleranz zu (er-)leben. Unser diesjähriges Thema lautet "Frieden für alle!", welches wir spielerisch und mit konkreten Aktionen anpacken wollen. Warum gibt es Kriege? Wer profitiert von ihnen? Was können und müssen wir tun, damit nicht nur wir, sondern ALLE Menschen auf der Welt in Frieden leben können? Diesen und anderen Fragen wollen wir nachgehen und gemeinsam mit allen Teilnehmer_innen nach Antworten suchen. Mehr Infos gibt es auf unserer Homepage:

www.rotepeperoni.de

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar. DKP Stuttgart, Spendenkonto: IBAN: DE03600501010002078906 BIC: SOLADEST600

Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Nord:

Di. **01.03.2016**, Di. **15.03.2016** und Di. **29.03.2016** 19.00 Uhr, Bürgerzentrum Feuerbach, 1. Stock, Stuttgarter Str. 15 bei OBI, Eingang Roserplatz (Haltestelle Feuerbach Bahnhof)

Gruppe Cannstatt:

Di. **15.03.2016** und Di. **12.04.2016**, 19.00 Uhr, Gaststätte Äquator, Kreuznacher Str. 57, Cannstatt (Nähe Wilhelmsplatz)

Gruppe Süd:

Di. **15.03.2016** und Di. **19.04.2016**, 19.00 Uhr, Linkes Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105, Stuttgart-Heslach (Haltestelle Erwin-Schöttle Platz)

UZ-Pressesfest Volksfest der DKP
1.-3. Juli 2016 • Dortmund Revierpark Wischlingen

Kauft den Schlüssel zur Erbschaft des Feins
5,- / 10,- €

www.uz-pressefest.de
www.dkp.de
www.unsere-zeit.de

Schulfrei für die Bundeswehr!

Nicht so für „unseren“ grünen Ministerpräsidenten?

Nach dem Motto „Was scheren mich Wahlversprechen“ setzte MP Kretschmann durch, dass die von der CDU/FDP-Vorgängerregierung mit der Bundeswehr abgeschlossene „Kooperationsvereinbarung“ nur etwas korrigiert und nicht gekündigt wurde. Nach wie vor dürfen Propaganda-Offiziere in Schulklassen Werbeveranstaltungen fürs Sterben durchführen, obwohl noch im Landtagswahlkampf 2011 sowohl Grüne als auch SPD für die Beendigung dieser Gruselveranstaltungen eintraten!

In einem Interview mit „Bundeswehr aktuell“ vom Dezember 2015 behauptet Kretschmann, dass wir eine „durch und durch friedliche und zivile Gesellschaft“ hätten, dass zu deren „Schutz gegen Terrorismus“ die Bundeswehr eben in „Auslandseinsätze“ geschickt werden und dass SchülerInnen diese „sinnvolle Aufgabe“ eben vermittelt werden müsse...

Kriege gegen Terror?

Als ob die Kriege, an denen seit 1999 die Bundeswehr beteiligt ist, von Jugoslawien über Afghanistan bis heute Syrien... nicht erst den Terrorismus so stark gemacht hätten, seien es Taliban, Al Quaida bis „Islamischer Staat“...

Gerade andersherum wird ein Schuh daraus: Die Kriege der USA und der NATO sind nichts anderes als staatlicher Terror zur Durchsetzung wirtschaftlicher und strategischer Interessen auch „unserer“ Banken und Konzerne weltweit. Allein im Irak mussten über zwei Millionen



Menschen (nach Kriegen und Blockade) dafür mit ihrem Leben bezahlen.

Der letztlich vom Westen gezüchtete islamistische Terror kann nur beendet werden, wenn „der Westen“ seine Kriegspolitik einstellt, Waffenexporte verbietet, die Geldströme des IS (z.B. durch Ölverkäufe über die Türkei) austrocknet, seine aggressive Regime-Change-Politik gegen widerständige Regierungen beendet und statt dessen mas-

sive Entwicklungshilfe für die betroffenen zerstörten armen Länder leistet.

Nur Friedenspolitik kann Terror beenden!

Das wäre auch der einzig wirksame Weg zur Beendigung des "Flüchtlingsdramas". Das müsste natürlich auch Herr Kretschmann (als ehem. KBW-„Kommunist“ und Radikalpazifist) wissen, aber dass er dies so demonstrativ leugnet, beweist nur, wie sehr er inzwischen auf die Seite der herrschenden Klasse der Banken und Konzerne übergelaufen ist.

Eine solche – dringend nötige – Friedenspolitik widerspricht jedoch der Logik des Kapitalismus mit Profit und Expansion und kann ihm nur durch massiven Druck der eigenen Bevölkerungen abgezwungen werden!

Fangen wir also damit an: Kretschmann, Merkel, Gabriel und Co. müssen zu einer Kurskorrektur gezwungen werden! Schluss mit allen Kriegs- und Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Schluss mit allen Waffenexporten! Abrüstung jetzt beginnen und das freiwerdende Geld für z.B. sozialen Wohnungsbau einsetzen, für eine anständige Unterbringung sowohl von deutschen bedürftigen Familien als auch von Flüchtlingen.

Bundeswehr raus aus den Schulen!

Wohnungen statt Kasernen!

Kommt zum Ostermarsch der Friedensbewegung am 26.März!

Fluchtursache Krieg bekämpfen! Kriegseinsätze sofort beenden!



RednerInnen: Anne Rieger, Roman Zitzelsberger, u.a.

Millionen Menschen fliehen vor Krieg, Zerstörung, Gewalt, Diskriminierung und Armut.

Der Hauptgrund, aus dem sie fliehen, sind Kriege und die Folgen dieser Kriege in ihrer Heimat. Die Mehrheit der Flüchtlinge kommt aus dem zerschlagenen Jugoslawien, Afghanistan, dem Irak und Syrien, genau jenen Ländern, gegen die Natostaaten Krieg führten oder führen.

Die Bundeswehr ist fast überall dabei.

Das Ergebnis all dieser „Militäreinsätze“ der letzten 20 Jahre ist eine Geschichte des Massensterbens, der Zerstörung,

Verwüstung und sozialen Verelendung ganzer Regionen. Mit keinem dieser Kriege wurden irgendwelche Fortschritte für Menschenrechte, Demokratie oder ein besseres Leben der Menschen erzielt.

Auch eine „Exportnation“ muss keine Waffen und Krieg exportieren. Das Völkerrecht und das Grundgesetz verbieten es, „Märkte und Rohstoffe“ mit militärischen Mitteln zu sichern. Die deutsche Vergangenheit verbietet es in besonderem Maße, „Verantwortung“ mit militärischen Mitteln wahrzunehmen, wie es der amtierende Bundespräsident immer wieder fordert.

Kriegseinsätze beenden!

Die Bundeswehr hat in Afghanistan, im Irak, in Syrien, in Mali, im Sudan und anderswo nichts zu suchen!

Wir fordern ein Ende der militärischen Kooperation mit der Türkei.

NATO auflösen! Bundeswehr abrüsten!

Auch von Baden-Württemberg und Stuttgart muss Frieden ausgehen. AFRICOM und EUCOM müssen geschlossen werden!

Grenzen öffnen für Menschen - Grenzen schließen für Waffen!
Das Asylrecht muss erhalten und gestärkt werden! Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern muss es uneingeschränkt gewährt werden!

Zivile Produktion statt Rüstungsexporte!

Friedensbildung statt Militarisierung!

Für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen!

Wir schulden der Welt keine Soldaten.

Nur eine aktive Friedenspolitik gepaart mit fairem Welthandel kann Kriege und Elend vermeiden!